

Zeitschiene

Festsetzungsjahr / Vorjahr des Finanzierungszeitraums

1. Januar (ab 2020): Jährliche Kündigungsmöglichkeit bez. auf Pauschalbudget von jedem Beteiligten mit Wirkung für alle, § 30 Abs. 3 PflBG

1. April: Mitteilungspflicht der Pflegekassen, welche Pflegeeinrichtungen am Umlageverfahren teilnehmen.

30. April: Vereinbarung des Pauschalbudgets

frühestens

Mitte Juni: Wird das Pauschalbudget nicht rechtzeitig vereinbart, entscheidet die Schiedsstelle auf Antrag innerhalb von 6 Wochen, § 30 Abs. 2 PflBG.

15. Juni: Mitteilungspflichten der TdpA und Pflegeschulen, § 5 Abs. 1, § 11 Abs. 2 -4 PflAFinV

- Angaben zur Festsetzung Ausbildungsbudgets nach Anlage 2
- Voraussichtliche Auszubildenden-/Schülerzahlen einschließlich Begründung; bei unplausiblen Schülerzahlen: Schätzung
- Berechnung Mehrkosten Ausbildungsvergütung
- Angaben zur Berechnung der Finanzierungsanteile der Sektoren sowie der Umlagebeträge je Einrichtung (Anzahl Pflegekräfte und abgerechnete Einheiten in der ambulanten Pflege)

30. Juni (ab 2022): Fortgeltung des bisherigen Ausbildungspauschale, wenn keine Neue vereinbart wird, § 30 Abs. 3 PflBG

15. Sept.: gesamter Finanzierungsbedarf und Finanzierungsanteile der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen werden festgesetzt und veröffentlicht

31. Okt.: monatlicher Umlagebetrag je Pflegeeinrichtung wird festgesetzt (frühestens ab 2021 unter Berücksichtigung von Differenzbeträgen)

Ab 31. Nov. (2 Monate vor Zahlung der ersten Ausgleichszuweisung):

Aktualisierung Mitteilungspflichten der TdpA und Pflegeschulen i. B. a.:

- Angaben zur Festsetzung des Ausbildungsbudgets nach Anlage 2
- Voraussichtliche Azubi-/Schülerzahlen
- Neueinrichtung von Klassen wg. geänderter Schülerzahl

Danach sind

- Änderungen der Voraussetzungen der Festsetzung des Ausbildungsbudget nach Anlage 2 **unverzüglich**
- Neueinrichtung von Klassen wg. geänderter Schülerzahl **unverzüglich**
- TdpA: Änderungen der Anzahl der Ausbildungsplätze

mitzuteilen. Vgl. § 5 Abs. 3 PflAFinV und § 34 Abs. 1 PflBG.

Finanzierungszeitraum

10. Januar: Zahlung des ersten monatlichen Umlagebeitrages und erstmalige entsprechende Abrechnung der Ausbildungszuschläge gegenüber den Pflegebedürftigen

Mit Beginn des Ausbildungsjahres, frühestens 31. Januar:

Zahlung der ersten monatlichen Ausgleichszuweisung

Minderausgaben wegen geänderter Ausbildungszahlen werden bei der nächsten Ausgleichszahlung vollständig berücksichtigt. Mehrausgaben wegen geänderter Ausbildungszahlen werden berücksichtigt, soweit die Liquiditätsreserve das zulässt. Vgl. § 34 Abs. 1 PflBG.

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

werden rechtzeitig mitgeteilte **Änderungen** berücksichtigt, mit Ausnahme geänderter Schülerzahlen nach Beginn eines Schuljahres bei den Schulen

Das auf den Finanzierungszeitraum folgende Jahr

30. Juni: Abrechnung Umlagen (Vergleich geleistete Umlagebeträge und abgerechnete Ausbildungszuschläge)

Abrechnung Ausgleichszuweisung (Vergleich Einnahmen aus Ausgleichszuweisungen und tatsächlichen Ausbildungskosten aufgrund geänderter Schülerzahlen); Überschüsse sind unverzüglich zurückzuzahlen.

31. Okt.: Rechnungslegung der zuständigen Stelle

Nächster Finanzierungszeitraum

Differenzbeträge aus Vergleich geleistete Umlagebeträge und abgerechnete Ausbildungszuschläge werden bei der Umlageberechnung berücksichtigt.

Unterdeckung: tatsächliche Ausbildungskosten übersteigen die erhaltenen Ausgleichszuweisungen wegen gestiegener Ausbildungszahlen => wird bei Ausbildungsbudget berücksichtigt, soweit sie nicht schon im Finanzierungszeitraum ausgeglichen wurden. Regelungslücken kann Land beheben. Vgl. § 34 Abs. 6 PflBG.

Begriffsklärung

Ausbildungsbudget

- Budget pro Träger der praktischen Ausbildung (TdpA) bzw. pro Schule
- Berechnung: Ausbildungspauschale addiert mit den Mehrkosten der
Ausbildungsvergütung multipliziert mit der Anzahl der Azubis bzw. Schüler.

Ausbildungspauschale

- Die pauschalierungsfähigen Ausbildungskosten entsprechend Anlage 1 der PflAFinV pro TdpA bzw. pro Schule
- Kann als Pauschal- oder Individualbudget verhandelt werden.

Pauschalbudget

- Landesweite Festsetzung der Ausbildungspauschale, unabhängig von der Kostenstruktur der einzelnen Einrichtung
- mehrere oder alle Kostentatbestände der Anlage 1 können in einer Pauschale zusammengefasst, § 4 Abs. 1 PflAFinV
- differenzierungsfähig, § 4 Abs. 2 PflAFinV

werden.

Mehrkosten der Ausbildungsvergütung

- Ausbildungsvergütung abzüglich des Mehrwertes durch die Anrechnung der Azubis auf den Personalschlüssel